Erscheint Mittwochs. Red.-Schluß: Sonntag.

Vierteljährl. Abonnement 1,50 Goldmark.

Anzeigenpreis: 4 mm/3 Kompreßzeile (Nichtmitgl. ausgeschl.) 0,40 Goldmark. Stellenanzeigen-Anzeigen die Hälfte.

Der Schuhmacher

Verantwortlicher Redakteur: Otto Treffitsch, Nürnberg. Fernspr.-Anschl. 408 Verlandh. u. Redakt.: Nürnberg 1, Efferwiesstraße 1, 1 Zahlungen: Postscheckkonto: 20989 Expedition „Der Schuhmacher" Nbg.

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher

und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nummer 47 | Nürnberg, den 18. November 1925 | 39. Jahrgang

Planlose Wirtschaftspolitik.

Zu Beginn dieses Jahres, als die Regierung allmählich die Oeffentlichkeit darauf vorzubereiten versuchte, daß sie über kurz oder lang die deutsche Wirtschaft und Bevölkerung mit einem, jedem sozialen Gedanken hohnsprechenden Steuerdukels und einem Hochschutzzollsturz beglücken werde, hat der Reichskanzler Dr. Luther das Wort von der Konsumentenpolitik in die Debatte geworfen. Er hat damals in parteilicher Weise der richtigen Tatsache Ausdruck gegeben, daß die deutsche Wirtschaft sich nicht nur aus Unternehmern, sondern sich auch im großen Maße aus Hand- und Kopfarbeitern zusammensetze. Auf die Durchführung dieser Konsumentenpolitik hat man aber verzichtet gemacht. Was von der Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet geleistet worden ist, war geeignet, die deutsche Wirtschaft von neuem an den Abgrund des Verderbens zu führen. Wir stehen einer ungeheuerlichen Lebensteigerung des Preisniveaus, einer ständig zunehmenden Arbeitslosigkeit und endlich der Verelendung der breiten Massen, hervorgerufen durch groteske Herabdrückung des Realeinkommens, gegenüber mit allen ihren politischen und moralischen Gefahren.

Wenn man unter Nachprüfung alles dessen, was unter der verantwortlichen Leitung des Reichskanzlers Luther geschehen ist, fragt, welches Ziel der Regierung bei allen ihren Maßnahmen vorgeschwebt hat, so kommt man zwangsläufig zu dem Schluß, daß sie weder Weg noch Ziel gehabt und gekannt hat, um die Wirtschaft so zu steuern, daß die Wohlfahrt aller wenigstens in etwas gefördert wurde. Je länger man dem Treiben zusieht, um so deutlicher tritt zutage, daß die Regierung ein willenloses Werkzeug in der Hand bestimmter gemeinsinnsüchtiger Kreise war und ist. Den Beweis für diese Behauptung erbringen die Begründungen, die sich die Regierung zur Verteidigung ihrer sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu eigen gemacht hat, und die sich, sicherlich nicht zufälligerweise, völlig mit den Argumenten decken, die von den deutschen Unternehmern zur Erreichung ihrer egoistischen Ziele vorgebracht wurden und werden. Nur so ist zu erklären, daß die Taten der Regierung in schroffstem Widerspruch zu dem stehen, was der Oeffentlichkeit zu ihrer Beruhigung vorgetäuscht wurde. In der Begründung der Zolltarifnovelle ist es der Regierung allerdings nur mangelhaft gelungen, die Absicht verhüllte Preissteigerungen zugunsten bestimmter Kreise zu verbergen. Ja, man hat sogar zugeben müssen, und zwar unter Druck der wissenschaftlichen Gegenbeweisführung, daß man die Kaufkraft (lies Profit) eines Reinen Kreises von Großagrariern zum Heile des gesamten Wirtschaftslebens stärken und kräftigen wollte. Sonderbarerweise ist aber nicht auf den Gedanken gekommen, die Verengung des Inlandsmarktes von der Seite der Kaufkrafthebung der breiten Verbrauchermassen aus beizukommen. Im Gegenteil, es wurde durch Vergewaltigung der oppositionellen Minderheit im Reichstage und durch Aufzwingung der Hochschutzzölle der Grund für die jetzige Teuerung gelegt, während die Regierung gleichzeitig scheinheilig versicherte, den Kampf gegen die Teuerung aufnehmen zu wollen.

Kläglicher als es hier der Fall ist, wurde wohl nie einseitige Interessenpolitik zu beschönigen versucht. Ebenso wurde mit marktschreierischer Propaganda der Kampf gegen die Mißstände im Kartellwesen eröffnet. Man ritt auch, um den Kartellen nur nicht weh zu tun, eine Scheinattacke gegen die Valutafakturierung. Am 1. Oktober sollte eine Anzahl von Wirtschaftsverbänden vor den Kadi am Kartellgericht gezogen werden. Nachdem aber zwischen der Reichsverband der deutschen Industrie zum Reichswirtschaftsministerium hinüber energischst die Augenbrauen gerunzelt hatte, hat es der Reichswirtschaftsminister für zweckmäßig gehalten, sich gewissermaßen mit den beschuldigten Verbänden zu vergleichen. Durch Vertagung der Verhandlungen auf unbestimmte Zeit ist die ganze Angelegenheit ausgegangen wie das bekannte Hornberger Schießen. So wurde der Kampf gegen das Kartellunwesen geführt und wir sind gespannt, ohne uns viel zu versprechen, wie die neue Aktion des Reichswirtschaftsministers gegen die „freibleibend"-Klausel auslaufen und endigen wird. Wir vermuten, daß sich das Reichswirtschaftsministerium vor dem Kartellgericht eine ähnliche Niederlage und Blamage holen wird, wie in der Angelegenheit der Valutaklausel.

Man fragt sich im Lande, wo die Erfolge der Regierung denn nun eigentlich bleiben? Um wenigstens eine Antwort zu geben, geht man mit den Auswirkungen der Umsatzsteuerermäßigung ziemlich reichlich hausieren. So verlockt die Regierungspresse die Ermäßigung der Umsatzsteuer um ½ Prozent, die der Regierung im erbittertsten Kampf gegen ihren Willen abgepreßt worden ist, als großen Erfolg der Regierung Luther hinzustellen. Man will die durch Hochschutzzölle und Teuerung erregten und aufgeweckten Geister beschwören und wenden so recht die Variete-Künste politischer Vorstadtzauberkünstler an. Großmütig haben auch einzelne Verbände erklärt, auf Grund der Umsatzsteuerermäßigung ihre Preise senken zu wollen. Damit bringen sie kein Opfer, denn auf die Umsatzsteuer verzichtet ja nicht der Verkäufer, sondern die Reichsfinanzkasse. Der Profit unserer Unternehmer und Händler wird dadurch, daß sie die Umsatzsteuerermäßigung bei der Preisstellung einigermaßen berücksichtigen, nicht geschmälert. Dagegen werden sie durch die Hochschutzzölle als folgsame Staatsbürger ganz bedeutend belohnt. Die Regierung hat allerdings bei Durchberatung der Zollvorlage im Sommer 1925 ausdrücklich erklärt, daß sie die hohen Zollsätze nur als Kompensationsobjekt bei den Handelsvertragsverhandlungen dienen sollten. So hat man in der Oeffentlichkeit den Glauben erweckt, die hohen Zölle stünden nur zufällig dem Papier und würden niemals in Kraft treten. Den Unternehmerkreisen der Schutzzollinteressenten ist es aber gelungen, die Handelsvertragsverhandlungen überall zu verzögern. Dadurch wurde für sie Zeit gewonnen und die harten und unerhörten autonomen Zollsätze sind in voller Höhe in Kraft getreten.

Man vergegenwärtige sich die Gegensätze, die in dem ganzen Gebahren der Regierung zum Ausdruck kommen! Die Regierung erklärt einerseits, den freien Wettbewerb entfesseln zu wollen, um durch verstärktes Angebot auf dem Warenmarkt einen preislichen Druck auf die Preise auszuüben. Andererseits stärkt sie durch Aufrichtung hoher Schutzzollmauern die Monopolstellung der inländischen Produzenten in vollem Bewußtsein, daß ein Kampf gegen die geheime Preisverabredung und die berüchtigte Produktionskontingentierung von vornherein zur Aussichtslosigkeit verurteilt ist. Ja, sie geht sogar noch weiter, indem sie der natürlichen Entwickelung der Getreide- und Brotverbilligung infolge günstiger Getreideernte durch Einführung der Getreideeinfuhrscheine in den Arm fällt. Sie unterbindet eine Preisverbilligung, um den ostelbischen Junkern ein neues Geschenk zu machen. Die Regierung kennzeichnet sich so, schlimmer als wir es bisher erlebt haben, als die Regierung der berüchtigten Liebesgabenpolitik. Die Kosten tragen Arbeiter, Angestellte und Beamte. Die großen Verbrauchermassen erhalten eine eigentümliche Quittung über den Ausfall der Wahlen in den letzten Jahren!

Tiefes planlose Hin- und Herschwanken der Regierung zwischen den Wünschen des Agrar- und Industriekapitals auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung muß endlich ein Ende finden. Wir rufen der Regierung zu: Die Schonfrist ist um! Wir erwarten, daß sie sich endlich ihrer Pflichten gegenüber der Gesamtheit bewußt wird. Noch hat die unerträgliche Not zu keiner Explosion geführt. Noch gibt man sich im Regierungswinkel der Verkennung der Situation dem Glauben hin, Not und Elend in den breiten Massen durch Versprechungen bannen zu können. Der Winter aber wird ein unangenehmer Warner sein. Gegen Hunger und Kälte halten Täuschung und Lüge nicht stand. Nimmt die gegenwärtige Regierung nicht bald Ausblick auf die tatsächliche Lage des Volkes und läßt sie sich nicht angelegen sein, auch die breiten Interessen der minderbemittelten Schichten zu wahren, so muß sie sich darauf gefaßt machen, daß die Folgen ihrer bewußt irreführenden Versprechungen und ihrer planlosen Wirtschaftspolitik nicht ausbleiben werden.

Die Politik der Deutschnationalen.

Der Betrug an der Wählerschaft.

Die Preisabbauaktion der Regierung erinnerte recht lebhaft an die deutschnationalen Wahlversprechungen, deren Erfüllung die Deutschnationalen dann selbst ihrerseits hintertrieben haben. Die Deutschnationalen sind zwar als politische Hochstapler entlarvt worden, aber dies macht ihnen wenig aus. Sie haben ihren Zweck durch den Wahlschwindel erreicht; sie waren zur Regierung gelangt. Den ehemaligen Koalitionspartnern war es unerträglich, von der Regierung ausgeschlossen zu sein und zusehen zu müssen, wie andere — die früher Regierungsobjekt waren — in der Regierung saßen. In Ermangelung eines besseren Agitationsmittels griff man zum Schwindel — und siehe da, der deutsche Michel fiel auf die Versprechungen herein. Die Empörung hinter der Maske der Wähler hatten eben die moralischen Qualitäten der deutschnationalen „Reiniger" stark überschätzt. Für diese politische Einsichtslosigkeit müssen jetzt die breiten Massen in der schlimmsten Weise büßen. Die Deutschnationalen nützen ihre Macht aus, und das Zentrum, einschließlich der christlichen Arbeitersekretäre, hat sie nach jeder Kante unterstützt, damit das Ziel des Volksbetrugs völlig glückte. Nach dem Aufwertungs- und Steuerbetrug wurden Schutzzölle geschaffen, die im Grunde genommen nichts anderes darstellen, als einen unerhörten Raubzug auf die Taschen der breiten Volksmasse. Die Schutzzölle haben schon, ehe sie in Kraft traten, eine starke Preissteigerung hervorgerufen und müssen bis zu ihrer endgültigen Auswirkung den Preissteigerungen neuen Antrieb geben. Die Wählermassen sind jetzt enttäuscht. Was man ihnen versprochen hatte, war das Gegenteil. Aufwärts wollte man sie führen, sie erzeugten aus aller Not. Und jetzt geht es immer weiter abwärts. Es geht abwärts, weil sich durch die Politik der Regierung Kraut- und Schlotjunker auf Kosten der breiten Volksmassen die Taschen füllen. Daß dieses dem Wahlmichel — nachdem der Volksbetrug so offensichtlich wurde — zu dumm wurde, ist erklärlich! Die Regierung horchte auf: Sie sah sich genötigt, die erregten Gemüter zu beschwichtigen.

Preisabbau war das Zauberwort, welchem die „geheime" Kraft innewohnen sollte, den Wahlmichel wieder einzulullern, damit er bei den nächsten Wahlen wieder wahlfromm ist und die politischen Schwindeleien wieder vergessen hat. Die Regierung glaubt dies und hält es demzufolge mit der Hexe aus Goethes „Faust":

„Du mußt verstehn!
Aus eins mach' zehn
und zwei laß gehn
und drei mach gleich,
So bist du reich.

Die Preisabbaukomödie sollte Ablenkung schaffen. Sie ist von vornherein als Mittel zur Täuschung der Massen — die andere für sich denken lassen — berechnet. Aber wer durch Schutzzölle die Preise in die Höhe treibt, sollte sich hüten, von Preisabbau zu reden, um sich nicht unsterblich lächerlich zu machen. Aber was schadet dies alles: die Wahlen haben ja gezeigt, wenn man sich auf die Schwarzkunst der Deutschnationalen verlegt, dann wird der vergeßliche Michel der Regierung schon wieder aus der Patsche helfen.

Die Unternehmerkartelle und der Preisabbau.

Die Klagen gegen die Kartelle haben zur Folge gehabt, daß die Unternehmer bei der Regierung vorstellig wurden und dem Reichskanzler bedeutet haben, daß durch ein Vorgehen gegen die Kartelle sich eine wirksame Preissenkung nicht durchführen lasse. Interessant ist, was Herr Treviranus, Geschäftsführendes Mitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, in einer Aussprachesitzung des Vereins deutscher Seidenwebereien in Düsseldorf über die Aussprache mit dem Reichskanzler, nach einem Protokollauszug im Siegerwald-„Deutschen", berichtete:

„Herr Trevinin brachte — so heißt es nach dem Protokoll — unzweideutig zum Ausdruck, daß eine wirklich durchgreifende und wirksame Preissenkung sich letzten Endes niemals von oben her durch Maßnahmen der Regierung oder der Spitzenverbände erreichen lasse, sondern sich nur aus dem freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte ergeben könne."

Bisher war es Zweck der Kartelle, das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte bis aufs äußerste zu beschränken und auszuschalten. Die Preiskonventionen reden hierfür eine recht deutliche Sprache. Dies hinderte jedoch Herrn Treviranus nicht, vom „freien Spiel" der Kräfte zu reden. Herr Treviranus ist eben auch ein Kenner der Schwarzkunst. Jedenfalls meint Herr Treviranus, daß, wenn die Kartelle anderen Wirtschaftskreisen die Preise diktieren, dies mit dem freien Spiel der Kräfte gleichbedeutend sei.

Im weiteren läßt der Bericht Herrn Treviranus sagen:

„Daß, wenn die Regierung durch Verschärfung der Kartellbestimmungen einseitig gegen die Industrie vorgehe, dann könne sie nicht das größte Interesse der Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit und die Gesundheit schaffen, ungeschehen lassen."

Herr Treviranus entpuppt sich somit völlig als Judas Kerx.

„Die Preissenkungspolitik der Regierung bedingt naturgemäß auch eine stärkere Lockerung derselben in der Lohnfrage . . ." Außerdem seien Anzeichen vorhanden, daß das Reichsarbeitsministerium den wirtschaftlichen Unsinn der Zwangsatrile allmählich eingesehen hat und demnächst voraussichtlich in seiner Lohnpolitik eine nicht unwesentliche Schwenkung einnehmen wird."

Die Zauberformel für die Preissenkung wäre also entdeckt. Sie heißt:

Lohnabbau!

Der Bericht des Herrn Trevinin über die Aussprache mit dem Reichskanzler ist eine treffende Ergänzung der Aktennotiz von Dr. Meissinger. Die Hauptsache ist nun, daß die Regie klappt. Dann hat das ganze Unternehmerkosmos helle Freude. Durch den Preisabbauschwindel eine Herabsetzung der Löhne zu erreichen, das ist der Zweck der ganzen Aktion. Die Schlichter sind ebenfalls darauf eindressiert. Also frisch drauf los!

Daß durch eine Herabsetzung der Löhne keine Preisverbilligung eintreten kann, weiß jeder, der seine gesunden fünf Sinne beieinander hat. Der Lohnanteil am Produkt ist zu winzig. Durch den Lohndruck steigt aber die Profitrate der Unternehmer, und um die Erhöhung der Profitrate dreht sich die ganze Sache. Unternehmertum und Regierung kämpfen in dieser Eintracht um dieses Ziel. Dr. Hermann Schäfer hat vor kurzem in der „Frankfurter Zeitung" Ausführungen gemacht, die sich mit unserer Auffassung decken und die ins Schwarze treffen. Schäfer schreibt u. a.:

„Mit Lohn- und Gehaltsreduktionen kommt man jedoch bestimmt nicht zum Ziel, da die Kaufkraft des eigenen Landes damit noch mehr erdrosselt wird. Auch bittere Lohn- und Gehaltserhöhungen den Preis eines jeden Produkts nur unwesentlich verbilligen, das ist für den eine Binsenwahrheit, der den Aufbau einer Kalkulation genau kennt. Mit diesen Ausführungen soll nicht der Kampfansage eingetreten werden; aber die Arbeitnehmer müssen sowiel verdienen, um Betriebe, die die lebensnotwendigen Güter erzeugen, im Laufen zu halten. Dies ist auch die Voraussetzung im Export. Der Export stellt doch die Güter dar, die als Produktionsüberschuß des eigenen Landes Mittler ins Ausland gehen. Ein Land mit ununterbrochener innerer Kaufkraft wird niemals als Exportland eine Rolle spielen."

Das sind für das Unternehmertum und dessen Soldschreiber recht saftige Ohrfeigen. Daß diese Gesellschaft aber dadurch zur Vernunft erzogen würde, muß trotzdem bezweifelt werden.

Arbeitgeberurteil über Preissenkungsaktion und Finanzverwaltung.

Unsere Feststellung, daß die „Preisabbauaktion" der Reichsregierung verpufft ist, wird jetzt auch unumwunden von Vertretern der Arbeitgeberverbände bestätigt. Es passiert heute nur noch bei Lohnverhandlungen, daß Arbeitgebervertreter glauben machen wollen, daß die Preisabbauaktion doch noch „in der nächsten Zeit" sich auswirken wird. Natürlich nur zu dem Zweck, Gründe für die Ablehnung von Lohnerhöhungen geltend zu machen. Daß die Arbeitgeber aber immerhin noch „Scheingründe" für ihre ablehnende Stellungnahme in der Lohnfrage haben, dafür sind sie sicher dem Reichskanzler Dr. Luther dankbar. Wenn die Herren unter sich sind, kommt die Objektivität immer etwas mehr zur Geltung.

Die „Textilzeitung" enthält einen Versammlungsbericht des Einzelhandelsverbandes in Dresden, dem wir folgendes entnehmen:

„Der geschäftsführende Vorsitzende, Prof. Dr. Kastner, M. d. L., hielt dann einen etwa einstündigen Vortrag über die „Preissenkungsaktion der Reichsregierung". Die Preissenkungsaktion, so gut sie auch gemeint gewesen sein möge, habe sich praktisch bisher als nicht durchführbar erwiesen. Tatsache sei vielmehr, daß auf der ganzen Linie einschließlich derjenigen Stellen, an denen der Staat selbst Lieferant sei, beträchtliche Preiserhöhungen eingesetzt hätten. In welchem Umfange diese Preiserhöhungen begründet und notwendig seien, stehe dahin. Es sei weiterhin festgestellt worden, daß man auf manchen Gebieten deutsche Ware im Auslande gegenwärtig billiger kaufen könne als im Inlande. Die Handelsvertragsverhandlungen seien durch den Zolltarif nicht gefördert. Besser wäre es gewesen, wenn man das Inkrafttreten des Zolltarifes, was möglich war, auf einige Monate noch hinausgeschoben hätte. Die Hauptursache der gegenwärtigen Krise sei die falsche Finanz- und Steuerpolitik. Man habe im Vorjahre — worauf immer wieder nachdrücklichst hingewiesen werden müsse — statt 3 Milliarden zu viel Steuern erhoben. Damit sei auch der Arbeitnehmer aufs stärkste belastet gewesen, denn die Lohnsteuer habe allein soviel betragen, als für die gesamte Einkommensteuer im Voranschlag ausgeworfen sei. Auch für das neue Steuerjahr setze man das gleiche Verfahren fort. Trotzdem die Steuereinkommen nach dem Voranschlag für 1926 im Monatsdurchschnitt nur 496,6 Millionen betrage, habe man im April 652,8, im Mai 610,9, im Juni 581,3, im Juli 713,6 Millionen eingezogen. Während außerdem für die Steuererhebung bei Reich, Staat und Gemeinden früher nur 1½ Millionen ausgegeben wurden, kosten uns die Finanzämter gegenwärtig 533 Millionen! Nur eine grundsätzliche Umkehr könne uns hier retten."

Wir haben keine Veranlassung, diesen Ausführungen etwas hinzuzufügen. Es wäre nur zu wünschen, wenn diese Kreise auch die erforderlichen Konsequenzen aus ihrer jetzt gewonnenen Erkenntnis ziehen würden.

Berliner Rechtsanwälte und das Arbeitsgerichtsgesetz.

Die Berliner Rechtsanwälte hatten sich am 30. Oktober 1925 zahlreich versammelt, um zu dem Arbeitsgerichtsgesetzentwurf Stellung zu nehmen. Vertreter der Behörden, der Richterverbände und der Gewerkschaften waren geladen und anwesend. Es handelte sich natürlich um den Ausschluß der Rechtsanwälte in der ersten Instanz, so wie ihn der Gesetzentwurf vorsieht. Es waren Referenten waren zu dem Zwecke gewonnen, die unbedingte Notwendigkeit der Zulassung der Rechtsanwälte, am liebsten die ausschließliche Zulassung zu fordern, zu vertreten und zu be-

gründen. Rechtsanwalt Saenger (München), sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, Richter Dr. Schminke (Bremen), Professor Dr. Nipperdey (Köln), Justizrat Sauer (Köln) und Professor Dr. Swoboda (Graz) tuteten alle in dasselbe Horn. Sie wollen im „Recht" nur die „Wahrheit" suchen, dieses Recht und diese Wahrheit sollen die alleinige Domäne der Richter und der Rechtsanwälte sein. Die Unternehmer und die Arbeitnehmer sind dazu ungeeignet. Besonders die Gewerkschaften wollten das Arbeitsgerichtsgesetz durch die Voreinhaltung der Parteivertretung für die Unorganisierten dazu benutzen, diese Unorganisierten zu zwingen, Gewerkschaftsmitglieder zu werden. Dagegen wollten die Rechtsanwälte die „Freiheit" der Unorganisierten verteidigen. Die Gewerkschaften hatten kein Recht zu ihren Forderungen, da die Mehrzahl der Arbeiter nicht Mitglieder der Gewerkschaften seien. Bei der Gegnerschaft der Gewerkschaften gegen die Zulassung der Rechtsanwälte spielte die Angst der Gewerkschaftssekretäre, „ihre Stellung zu verlieren", eine Rolle. Ein Rechtsanwalt äußerte, wenn das Arbeitsgerichtsgesetz so wie es der Entwurf vorsehe, verabschiedet werde, müsse der Reichsjustizminister zurücktreten, da er das „Recht" nicht an Laien ausliefern lassen dürfe. Das waren die „Hauptargumente".

Ein Vertreter der Richter sagte den Rechtsanwälten die volle Unterstützung der deutschen Richter in diesem Kampfe zu und gab der Hoffnung Ausdruck, daß dafür die Rechtsanwälte für die Eingliederung der Arbeitsgerichtsbarkeit in die ordentlichen Gerichte Seite an Seite mit den Richtern kämpfen würden.

Der Vertreter der „Bauernvereine" dankte den Rechtsanwälten für ihren mannhaften Kampf, der auch im Interesse der notleidenden Landwirtschaft liege, die das Geld, um an den Gerichtsort zu fahren, nicht aufbringen könne (aber natürlich die Mittel hat, um die Rechtsanwälte zu bezahlen). Die alte Zeit müsse wiederkommen, wo man nicht mehr Landwirtschaftsgehilfinnen, sondern wieder „Dienstmägde" habe. Die „sozialen Gesetze" müsse man alle abschaffen.

Diesen Unsinn hörten sich die Elite der deutschen Rechtsanwälte, die weltstädtischen Rechtsanwälte, ruhig an, kein Protest wurde laut, aber dem Redner wurde am Schlusse seiner „Ausführungen" freneti scher Beifall gespendet.

Die anwesenden sozialdemokratischen Anwälte sagten zu alledem kein Wort, ja, sie vertraten durch ihren Aeltesten Seeger noch ausdrücklich die „Ansicht" der anderen. Vom Arbeitsrecht, vom Gewerkschaftsrecht, vom Denken und Fühlen der Arbeiter und Angestellten verspürte man in dieser Versammlung keinen Hauch. Die anwesenden Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen waren platt vor einer solchen unsozialen, überheblichen Anmaßung, der man es ansieht, daß sie nur reinem Egoismus entspringt.

Das zu schaffende Arbeitsgerichtsgesetz wird die Verhältnisse aller Arbeiter, Angestellten und der Gewerkschaften sehr einschneidend berühren. Die Gewerkschaften werden alle Energie aufwenden müssen, um drohende Gefahren zu bannen. Dabei müssen die Gewerkschaften die Richter und die Rechtsanwälte als ihre Gegner ansehen. Glücklicherweise sind die Arbeiter und Angestellten aller Gewerkschaftsrichtungen darin einig, daß die Rechtsanwälte in der ersten Instanz nicht notwendig, sondern eine Gefahr sind. Die vollkommene Richtigkeit dieser Auffassung hat die Versammlung der hauptstädtischen Rechtsanwälte erneut erwiesen.

Wochen-Rundschau.

Die Gewerkschaften zur Lohn- und Gehaltspolitik.

(Z.d.A.) Vergangene Woche fand in Berlin eine gemeinsame Vertreterversammlung der Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen Angestellten-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes statt, wobei hauptsächlich die Frage der Lohn- und Gehaltspolitik der Behörden und des Unternehmertums sowie in engem Zusammenhang damit das Problem des Schlichtungswesens zur Behandlung gelangten. Es ergab sich dabei vor allem die Schlußfolgerung, daß sich die Schlichtungsbehörden in dem energischen Kampf, den die regierenden Parteien, und zwar besonders in diesem Jahre, gegen die arbeitenden Klassen führen, meistens als Verbündete des Unternehmertums erweisen. Die Uebereinstimmung des Reichsarbeitsministeriums mit den Unternehmern in Lohn- und sozialpolitischen Dingen liegt klar zutage. In zahlreichen Fällen kann ein ausgesprochenes Eintreten der Regierung, der Schlichtungsbehörden und Unternehmer nachgewiesen werden. Die Praxis der Schlichtungsausschüsse hat sich so ausgewirkt, daß man in Deutschland nicht mehr von einem Schlichtungswesen, sondern von einem bedrohlichen Lohnfestsetzungsapparat sprechen muß. Durch die Verbindlichkeitserklärung wird außerdem das Streikrecht stark eingeschränkt und es werden ungehörige Zwangstarife geschaffen. Angesichts all dieser Tatsachen werden die Gewerkschaften in Deutschland ohne Zweifel dazu übergehen, die Schlichtungsinstanzen möglichst wenig zu beanspruchen und die Unternehmer wie in der Vorkriegszeit zu zwingen, in freie Verhandlungen zu treten und sich nicht hinter den Schlichtungseinstanzen zu verschanzen. In einem grundsätzlichen Referat trat auch der Berichterstatter Clemens Nörpel entschieden für ein Abrücken von den Schlichtungsinstanzen ein, da durch den ewigen Gang zum Schlichtungsausschuß der Gedanke des Klassenkampfes unter den Arbeitnehmern erstickt werde. Die Diskussionsredner schlossen sich dieser Auffassung allgemein an und brachten zum Ausdruck, daß sie alles tun werden, die Anregungen des Referenten in die Praxis umzusetzen.

Die **Konkurse** im deutschen Reich sind in der **ersten Hälfte des** Oktober sprunghaft in die Höhe gegangen; die Anmeldungen betrugen bereits 1196, gegen insgesamt 896 erledigte Konkurse im Monat September.

Der deutsche **Außenhandel im September** zeigt fortschreitende Abnahme der Einfuhr und Steigerung der Ausfuhr, also zunehmende Aktivität der Handelsbilanz. Die Passivität der Handelsbilanz ist von 454 Millionen Mark im Vormonat auf 22,2 Millionen Mark (beim reinen Warenverkehr) gesunken.

Der Afa-Bund forderte gemeinsam mit dem ADGB in einer Eingabe vom 30. September die **Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze** um mindestens 30 Prozent.

Riesenkonzern in der chemischen Industrie. Skrupelloser Machtstandpunkt hat jedenfalls auch vor dem Kriege schon die Unternehmer beherrscht. Immerhin hatte man Achtung vor dem öffentlichen Genossen. Wegen einer Aussperrung von mehreren 10 sperrt man Tausende aus, und stärker als je zuvor eine Betonung erfahren, aus welcher in beiden „Lagern" die entsprechenden praktischen Folgerungen gezogen werden müssen. Die Gewerkschaften bzw. die Angestellten der Bau- Angestellten und Beamten haben ein außerordentlich starkes Lohn- und Verbraucherinteresse daran, daß das Realeinkommen gegen willkürliche Preissteigerungen auf dem Warenmarkt geschützt wird; daß die Erfolge eines Lohnkampfes, tariflicher Vereinbarungen, von den gelegentlichen Körperschaften beschlossene Gehaltserhöhungen nicht im Handumdrehen durch monopolistische Preisdiktate von Industrie- und Handelskartellen zunichte gemacht werden können, mit einem Wort, daß das Realeinkommen in jedem Fall erhalten bleibt. Die Voraussetzung hierfür bilden starke Konsumgenossenschaften mit der Zusammenfassung in Zentralverbänden und Großeinkaufsgesellschaften, welche sehr eng und im Zusammenwirken in der Lage sind, einen wesentlichen Einfluß auf die Preisbildung auszuüben.

Hieraus ergibt sich ein starkes Selbstinteresse der Gewerkschaftsbewegung, welches die Führung verpflichtet, jede mögliche Förderung der Konsumgenossenschaften vorbehaltlos anzustreben, weil diese auf absehbare Zeit die einzige Gewähr für die Sicherung des Realeinkommens bieten. Denn einen wesentlichen Einfluß auf die Bildung der Warenpreise, von welcher das Realeinkommen abhängig ist, kann man nur haben, wenn man an Wirtschaftsprozeß — Güterverteilung, Gütererzeugung — direkt beteiligt ist. Die Gewerkschaftsführung aller Richtungen wird daher eine systematische Aufklärungsarbeit über die Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die Lohnpolitik der Gewerkschaften und das Realeinkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten als ihre „Forderung des Tages" betrachten müssen, wenn einmal die Entschließungen der Kölner und Breslauer Gewerkschaftskongresse zur praktischen und sichtbaren Auswirkung in der Entwicklung der Konsumgenossenschaften gelangen sollen.

Umgekehrt besteht das Wechselverhältnis der Gewerkschaften für die Genossenschaften in der Kaufkraft der Arbeitermassen, der Angestellten und Beamten, verbunden mit der Einsicht in die gegenseitige Interessengemeinschaft, die sich bei den Gewerkschaften schon rein vom Standpunkte der Lohnpolitik und des Realeinkommens aus in der grundsätzlichen Kundschaft bei den Konsumgenossenschaften zeigen muß. Jedes Gewerkschaftsmitglied und Mitglied der Konsumgenossenschaft und damit unbedingt tätige Kundschaftskraft — dies ist die erste logische Folgerung der Beschlüsse von Köln und Breslau.

Der Fascismus und seine aktive Bekämpfung.

(Z.d.A.) Wenn auch Italien für immer den traurigen Ruhm genießen wird, daß es als einziger der modernen Großstaaten den Fascismus in einer Form gezüchtet und gedudet hat, die mit Zivilisation und irgendwelcher Staatskunst nicht mehr das geringste zu tun hat, kann doch gesagt werden, daß er auch eine internationale Erscheinung geworden ist, sei es als organisierte Verbindung der degenerierten Kreise des Bürgertums (Deutschland, Oesterreich, Vereinigte Staaten), oder sei es als nationale Streikbrechergarde und technische Nothilfe mit fascistischen Entwicklungsmöglichkeiten (England). Daneben gibt es aber auch noch Länder, wo der Fascismus organisatorisch eine Form angenommen hat, die mit der italienischen Analogien aufweist. Zu diesen Ländern gehört u. a. Lettland. Da die Größe des Landes bei der Analyse des Fascismus und der Abwehr keine so große Rolle spielt, ist es von Interesse, solche Bewegungen in allen ihren Einzelheiten zu registrieren und zu studieren, besonders wenn es sich, wie bei Lettland, um ein äußerst typisches Beispiel handelt. Besonders die Organisation der Abwehr seitens der Arbeiter verdient bei Lettland — dessen Verteidigungsorganisationen nur der glänzend organisierte republikanische Schutzbund Oesterreichs an die Seite gestellt werden kann — große Aufmerksamkeit und höchste Anerkennung. Dabei sei gleich die für alle von der Faschistengefahr bedrohten Länder geltende Tatsache vorausgeschickt, daß die Schutzorganisationen der Arbeiter immer eine Antwort auf mörderische Gewaltakte des Bürgertums sind und dieses somit nicht nur für die unerquicklichen Verhältnisse an sich, sondern auch für alle eventuellen Folgen, diejenigen der Verteidigung inbegriffen, verantwortlich ist.

Die faschistische Bewegung entstand in Lettland, der wirtschaftlich und politisch wichtigsten der drei neuen baltischen Republiken, im Jahre 1920, d. h. bald nach dem Ende des Befreiungskampfes des lettischen Volkes. Im Zusammenhang mit der kurzen Zeit des Sowjetregimes in Lettland im Jahre 1919 und infolge der Nähe Reiterzhands sowie des wachsenden Einflusses der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, der sich u. a. auch in der republikanischen Armee bemerkbar machte (bei den Konstituantenwahlen im Jahre 1920 stimmten insgesamt 65 Prozent, in einigen Divisionen sogar 90 Prozent für die Sozialdemokratie), wurde das Bürgertum um seine Machtstellung besorgt und griff zu unpolitischen Kampfmitteln, indem es mehrere faschistische (bewaffnete) Kampforganisationen gründete, die die Arbeiterschaft terrorisieren sollten. Auch in Lettland waren die Führer des Großkapitals der Demokratie überdrüssig und sie begannen offen für die brutale Diktatur der nationalistischen Bourgeoisie einzutreten.

Hierfür waren es einige Gruppen der reaktionären Offiziere, die als Mordbrenner tätig waren. Diese Herren unternahmen in den Jahren 1920—22 mehrere Angriffe auf sozialdemokratische Abgeordnete (z. B. auf den Parlamentsabgeordneten Kursenieks, der im Jahre 1920 getötet wurde), Arbeiterversammlungen und Arbeiterdemonstrationen. In einigen Fällen wurden Parteiräume niedergerissen und vernichtet.

Nach dem Siege des Faschismus in Italien (1922) bauten die faschistischen „aktiven Nationalisten" (wie sie sich in Lettland nennen) ihren Apparat aus und gründeten ihre „legalen" Organisationen, die selbstverständlich nebenbei auch ihre scheime Tätigkeit fortsetzten. Von diesen Organisationen ist in erster Linie „der lettische nationalistische Klub" (L.N.K.) zu nennen. Er ist militärisch organisiert, geschult und bewaffnet. Die Klubmitglieder (1000 Mann) rekrutieren sich hauptsächlich aus Korpsstudenten und bürgerlichen Jugendlichen sowie aus Abenteurern der verschiedensten Sorten. Der Klub hat eine ganze Reihe von Verbrechen verübt. Von diesen sind besonders die Angriffe auf die Arbeiterdemonstration im Jahre 1923 in Riga und auf die Antikriegsdemonstration im Jahre 1924 hervorzuheben. Außerdem wurden verschiedentlich Handgranaten in die Druckerei des „Sozialdemokrats" geworfen und Demolierungsversuche gegen die Redaktion des „Sozialdemokrats" unternommen. Endlich erfolgten zahlreiche Zusammenstöße mit Ordnern und Arbeitersportlern in Riga, Libau und der Provinz, wobei auch ein Arbeiter den Tod fand.

Neben dem L.N.K. gibt es auch noch andere faschistische Organisationen, die weniger aggressiv und verbrecherisch tätig sind, jedoch mit dem L.N.K. in Verbindung stehen und gemeinsam gegen die Sozialdemokratie vorgehen. In diesen Zusammenhang sind die „lettischen Feilen" (1500 Mann teilweise mit Gewehren bewaffnet), „Die Vaterlandsschützen" (2500 Mann, mit Gewehren bewaffnet) und „Der Verband der ehemaligen nationalen lettischen Krieger" zu nennen.

Auch das Schutzkorps (18,000 Mann, mit Gewehren und Maschinengewehren bewaffnet und in Kompagnien, Bataillone und Regimenter gegliedert), das im Jahre 1919 unter dem Vorwand der Unterstützung der Polizei bei der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung auf dem Lande gegründet wurde (solche Korps bestehen auch in Finnland, Estland und Litauen), steht in engster Verbindung mit anderen faschistischen Verbänden und hat gemeinsam mit ihnen zahlreiche Angriffe gegen die Arbeiterschaft unternommen. Dieses Korps setzte sich zu Beginn zu drei Vierteln aus reaktionären bürgerlichen Elementen (darunter sämtliche Offiziere zusammen und hat sich nur bewährten Kampforganisation der Großbauern entwickelt. Besonders die Landarbeiter und die mit der Durchführung der Agrarreform zu Kleinbauern gewordenen Landarbeiter, die meistenteils noch sozialistisch gesinnt sind, haben unter dem Schutzkorps zu leiden, das allein im Jahre 1921 899 bestrafte Verbrechen verübte! Das Korps erhält jährlich 212,000 Lats, d. h. 212,000 schwergerichte Franken Staatsunterstützung und unterliegt dem Innenministerium.

Die Sozialdemokratie fordert selbstverständlich die volle Liquidierung des Schutzkorps und die Entwaffnung sämtlicher privater faschistischer Organisationen. Ihre darauf gerichteten Bestrebungen blieben noch ohne Erfolg.

Die Arbeiterschaft ließ es aber bei Protesten nicht bewenden, sondern rief, wie die Arbeiterbewegungen in Deutschösterreich und Deutschland, ihre eigenen Abwehrorganisationen ins Leben, die in Veranstaltungen und Organisationen beschlossen und, wenn nötig, den brutalen Angriffen der Reaktion tatkräftig entgegentreten sollten. Von solchen Schritt wurde schon deshalb notwendig, weil es immer öfter vorkam, daß die Polizei und selbst die Gerichte die Arbeiterschaft nicht in Schutz nehmen wollten.

Der Anfang wurde im Frühling 1923 von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Riga mit der Gründung von sogenannten Versammlungsschutzabteilungen gemacht. Als es sich dann herausstellte, daß für den Abwehrkampf eine größere Anzahl von körperlich tüchtigen Genossen und eine selbständige Organisation nötig waren, übernahm Ende 1923 der 1921 gegründete und unter Führung der Sozialdemokratie stehende Arbeitersportverband diese Tätigkeit. Bei den Ortsvereinen des Verbandes wurden militärische Sektionen gebildet, die beim Verbandsvorstand eine eigene Leitung hatten. Diese Sektionen nahmen den Kampf gegen den lettischen Faschismus in allen Richtungen auf und hatten viele Verluste zu tragen. Trotz aller Schwierigkeiten nahm jedoch die Bewegung einen raschen Aufschwung. Im Jahre 1924 zählte der Verband schon 2000 Mitglieder.

Nach der Ermordung des Arbeiters R. Maffaks wurde zugleich mit der L.N.K. auch der Arbeitersportverband (L.S.S.) von der damaligen reaktionären Regierung aufgelöst. Dieser Schritt nützte aber der Reaktion wenig, denn nach der Auflösung des Arbeitersportverbandes traten sämtliche Arbeitersportler in die Sozialdemokratische Arbeiterpartei ein und gründeten dort Arbeitersportsektionen. In solcher Weise war es möglich, trotz aller Drangsalierungen die Bewegung erfolgreich weiterzuführen.

Nach einigen Monaten wurden neue Statuten aufgestellt und seit dem 1. Juni 1925 arbeiten die Arbeitersportler wieder in ihr-

männliche, 260,498 weibliche, zusammen 1,538,495 Personen; 1. April: 635,125 männliche, 59,434 weibliche, zusammen 694,559 Personen; 1. Juli: 267,259 männliche, 15,884 weibliche, zusammen 283,143 Personen; 1. Oktober: 298,811 männliche, 21,102 weibliche, zusammen 320,213 Personen; 31. Dezember: 309,048 männliche, 20,583 weibliche, zusammen 329,631 Personen.

Ein besonderes Merkmal für die schlechte wirtschaftliche Lage der Bevölkerung ist das Sinken der Eheschließungen. Während im Jahre 1921 auf 1000 Einwohner 12,07 entfielen, waren es im Jahre 1924 nur noch 7,0. Die Zahl der Selbstmorde ist von 1911 auf 100,000 Einwohner im Jahre 1923 auf 20,7 im Jahre 1924 gestiegen. Zahlreich waren die Todesfälle infolge Körperschwäche in Halle a. S. 11, in Düsseldorf in der ersten Hälfte des Jahres 22. Die Früh- und Totgeburten stiegen von 62,595 im Jahre 1921 auf 64,208 im Jahre 1922, auf 65,750 im Jahre 1923 und erreichten im Jahre 1924 die ungeheure Höhe von 73,319. Die Denkschrift führt die meisten Früh- und Totgeburten auf Abtreibung zurück, die aber zu, daß ein Teil durch die schwere Arbeit der Frauen in der letzten Schwangerschaftswoche bedingt ist, zumal wegen der Erwerbslosigkeit der Männer viele schwangere Frauen zur Verrichtung schwerer Arbeit genötigt sind.

Traurige Verhältnisse schildert die Denkschrift aus dem Gebiete der Tuberkulose. In vielen Landesteilen ist sogar eine Zunahme der Todesfälle an Tuberkulose gegenüber dem Vorkriegsstand zu verzeichnen. Ganz schlimm liegen die Verhältnisse da, wo es sich um Tuberkuloseherde handelt. In Bochum z. B. hatten von 95 Tuberkulosen 10 kein eigenes Bett, 65 keinen eigenen Schlafraum. In Stadt- und Landkreis Trier kamen 1,79 Tuberkulose mit Geschwistern in einem Zimmer, 58 sich selbst in einem Bett. So ist die Denkschrift eine Anklage gegen das ganze kapitalistische System und gegen die verbrecherische Politik der herrschenden Klassen, die sich besonders deutlich im sozialen und gesundheitlichen Zusammenbruch des Freistaates Preußen im Jahre 1924.

Gewerkschaften u. Genossenschaften.

Unter Voranstellung des Beschlusses des Breslauer Gewerkschaftskongresses betreffend die planmäßige Unterstützung der Konsumgenossenschaften fordert der bekannte württembergische Gewerkschaftsführer und frühere Reichstagsabgeordnete Frau Feuerstein in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" den gemeinschaftlichen Zusammenschluß von Gewerkschaften und Genossenschaften zu gemeinsamen Gewerkschaften und Genossenschaften bei gleichzeitig engster und stärker als je zuvor eine Betonung erfahren, aus welcher in beiden „Lagern" die entsprechenden praktischen Folgerungen gezogen werden müssen. Die Gewerkschaften bzw. die Körperschaften der Bau-, Angestellten und Beamten haben ein außerordentlich starkes Lohn- und Verbraucherinteresse daran, daß das Realeinkommen gegen willkürliche Preissteigerungen auf dem Warenmarkt geschützt wird; daß die Erfolge eines Lohnkampfes, tariflicher Vereinbarungen, von den gelegentlichen Körperschaften beschlossene Gehaltserhöhungen nicht im Handumdrehen durch monopolistische Preisdiktate von Industrie- und Handelskartellen zunichte gemacht werden können, mit einem Wort, daß das Realeinkommen in jedem Fall erhalten bleibt. Die Voraussetzung hierfür bilden starke Konsumgenossenschaften mit der Zusammenfassung in Zentralverbänden und Großeinkaufsgesellschaften, welche sehr eng und im Zusammenwirken in der Lage sind, einen wesentlichen Einfluß auf die Preisbildung auszuüben.

Hieraus ergibt sich ein starkes Selbstinteresse der Gewerkschaftsbewegung, welches die Führung verpflichtet, jede mögliche Förderung der Konsumgenossenschaften vorbehaltlos anzustreben, weil diese auf absehbare Zeit die einzige Gewähr für die Sicherung des Realeinkommens bieten. Denn einen wesentlichen Einfluß auf die Bildung der Warenpreise, von welcher das Realeinkommen abhängig ist, kann man nur haben, wenn man an Wirtschaftsprozeß — Güterverteilung, Gütererzeugung — direkt beteiligt ist. Die Gewerkschaftsführung aller Richtungen wird daher eine systematische Aufklärungsarbeit über die Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die Lohnpolitik der Gewerkschaften und das Realeinkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten als ihre „Forderung des Tages" betrachten müssen, wenn einmal die Entschließungen der Kölner und Breslauer Gewerkschaftskongresse zur praktischen und sichtbaren Auswirkung in der Entwicklung der Konsumgenossenschaften gelangen sollen.

Umgekehrt besteht das Wechselverhältnis der Gewerkschaften für die Genossenschaften in der Kaufkraft der Arbeitermassen, der Angestellten und Beamten, verbunden mit der Einsicht in die gegenseitige Interessengemeinschaft, die sich bei den Gewerkschaften schon rein vom Standpunkte der Lohnpolitik und des Realeinkommens aus in der grundsätzlichen Kundschaft bei den Konsumgenossenschaften zeigen muß. Jedes Gewerkschaftsmitglied und Mitglied der Konsumgenossenschaft und damit unbedingt tätige Kundschaftskraft — dies ist die erste logische Folgerung der Beschlüsse von Köln und Breslau.

Vereinbarung der deutschen Arbeiterschaft.

Wenn die Reichsregierung die Behauptungen der Unternehmer sich immer mehr zu eigen macht, daß die Arbeitslöhne unerträglich hoch seien und der deutschen Arbeiterschaft es sehr gut gehe, so findet diese Behauptung die beste Widerlegung durch die jetzt vom Preußischen Wohlfahrtsministerium herausgegebene Denkschrift über „Bevölkerungsbewegung und Gesundheitszustand in Preußen im Jahre 1924". Sie spiegelt die ungeheure Not eines Volkes wider, das durch einen Krieg von 4½ Jahren hindurch mußte. Generationen nach uns werden noch die Bürde zu tragen haben, die uns die Jahre von 1914 bis 1918 auferlegten. Die Denkschrift gibt zu, daß der Arbeitslohn allgemein zu gering ist, so daß der größte Teil des Verdienstes für Nahrung, Wohnung, Oberkleider und Schuhwerk draufgeht, während für Unterzeug usw. fast nichts übrig bleibt. Erschreckend groß war der Umfang der Arbeitslosigkeit im Laufe des Jahres 1924. Voll erwerbslos waren in Preußen (bis 1. Juli ohne, dann einschließlich des besetzten Gebietes): 1. Januar 1,272,997

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Schlimme, Berlin-Lichtenberg, Normannenstraße 14. Verlag: Der Bekleidungsarbeiter, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Druck: Tribüne, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Eine neue Tat der „Volksfürsorge".

Die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft „Volksfürsorge" kündigt eine sehr beachtliche neue Leistung an. Mit Genehmigung des Reichsaufsichtsamtes wird die Volksfürsorge ihren Versicherten, die eine monatliche Prämie in der Volksversicherung von mindestens 2 ℳ entrichten, vom 1. November 1925 an eine **„Gratis-Unfallversicherung"** auf den Todesfall in gleicher Höhe mit der Versicherungssumme gewähren, so daß ohne die Zahlung einer Zusatzprämie beim Tode infolge eines Unfalles stets die doppelte Versicherungssumme zur Auszahlung gelangt. Bei der Lebensversicherung wird keine Mindestprämie zur Voraussetzung der Sonderleistung gefordert. Sowohl in der Volks- als auch in der Lebensversicherung wird die Höhe der Sonderleistung in jedem einzelnen Fall auf 3000 ℳ nach oben begrenzt. — Durch den zunehmenden Verkehr haben sich die Unfälle in erschreckendem Maße gehäuft, aber auch die Betriebsunfälle auf den verschiedensten Arbeitsstätten sind leider durch ständiges Höhertreiben der Leistungsnormen und andere Ursachen gestiegen, so daß die Rubrik vom Schlachtfeld der Arbeit eine stehende Erscheinung in der Tagespresse geworden ist. Die Volksfürsorge als Versicherungsunternehmen der deutschen Arbeiterschaft lehnt die nicht immer einwandfreien Agitationsmethoden der verschiedenartigen kapitalistischen Versicherungsunternehmungen ab und bietet ihren Mitgliedern tatsächliche Leistungen. Wo der Tod eines Versicherten durch einen Unfall nachgewiesen ist, zahlt sie ohne weiteres die doppelte Versicherungssumme aus, wenn die Monatsprämie mindestens 2 ℳ betragen hat. Besondere Formalitäten oder Meldungen für diese neue Zusatzversicherung sind nicht nötig. Bei niedrigeren Versicherungsprämien ist die Mehrleistung nicht möglich, da solche Versicherungen an sich schon unwirtschaftlich sind und sie die Leistungen auf Kosten der höheren Versicherungen erfordern würden. Kein Arbeiter sollte es versäumen, sich in der „Volksfürsorge" zu versichern.

Die Umrechnung der Unfallrenten für im jugendlichen Alter Verletzte.

Die Höhe der Unfallrente richtet sich nach dem in den letzten zwölf Monaten vor dem Unfall erzielten Verdienst. Das bedeutete bis zum 1. Juli 1925 eine ganz erhebliche Benachteiligung derjenigen Verletzten, welche den Unfall als gering verdienender Lehrling oder jugendlicher Arbeiter erlitten hatten. In diesen Fällen wurde als Jahresarbeitsverdienst das Dreihundertfache des ortsüblichen Arbeitslohnes der Rentenberechnung zugrunde gelegt, und nach diesem hinter dem wirklichen Verdienst eines vergleichbaren Erwachsenen weit zurückbleibenden angenommenen Jahresarbeitsverdienst wurde dann in der Folgezeit die Rente berechnet, ohne Rücksicht darauf, daß der Verletzte im späteren Alter erheblich mehr verdient haben würde. Eine Angleichung an die Renten der Erwachsenen fand also überhaupt nicht statt. Durch den neuen § 569a der Reichsversicherungsordnung ist aber vorgeschrieben, daß die Rente, falls das für die Jugendlicher günstiger ist, bei Vollendung des 21. Lebensjahres nach dem Verdienst eines gleichartigen unverletzten Einundzwanzigjährigen und dessen nach dem Tarifvertrag feststehenden zukünftigen Lohnaufbesserungen (Lohnhöhe nach dem Lebensalter) neu festgesetzt werden muß.

Es fragt sich, ob die neue Bestimmung auch für diejenigen gilt, welche vor dem 1. Juli 1925 einen Unfall im jugendlichen Alter erlitten haben. Diese Frage wird von dem Rechtsberater der deutschen Unfall-Berufungsgenossenschaften, Herrn Dr. Roewer, in dessen Kommentar, der als Anweisung an sämtliche Unfallkassen angesprochen werden kann, verneint. Diese Verneinung und Schädigung eines großen Teiles der Unfallrentenbezieher ist aber ganz zweifellos, wie uns auch fernmündlich von dem Referenten des Reichsarbeitsministeriums, Herrn Ministerialrat Krohn, bestätigt wird, gesetzwidrig. Sie ist gesetzwidrig, weil der Gesetzgeber ein Ausnahmerecht gegen die früheren Jugendlichen zweifellos nicht gewollt hat, was ja im Reichstag von dem Vertreter der Regierung auch noch ausdrücklich erklärt wurde. Aber der Jurist der Unfallkassen glaubt ein Häkchen gefunden zu haben, mit denen sich Rentenbezüge sparen lassen, und dieses Häkchen wird von den Unfallkassen zunächst ausprobiert.

Welche Auswirkung das Häkchen hat, mag folgendes Beispiel zeigen: Ein Rentenbezieher hat zum Beispiel im Jahre 1908 im jugendlichen Alter durch einen Betriebsunfall die linke Hand verloren. Als Jahresarbeitsverdienst sind 300 mal 2.40 Mark ortsüblicher Tagelohn = 720 Mark in Ansatz gekommen. Da die Dauerrente 50 Prozent ausmacht, beträgt die Rente nach der alten Berechnung monatlich 20 Mark. Nach Artikel 141 des neuen Gesetzes, den Herr Dr. Roewer nicht auch hinweghaken kann, macht die Rente ab 1. Juli 1925 22 Mark aus. Die Umrechnung nach Artikel 141 und 142 werden die Unfallkassen vornehmen, und da sie fast in allen Fällen eine gringe Aufbesserung bringen wird, werden die Rentenbezieher des Glaubens sein, die umgerechnete Rente stimme.

Diese ist aber in vorstehendem Beispiel für den ehemaligen Jugendlichen wie folgt zu berechnen:

Zur Zeit des Unfalls lernte der Verletzte zum Beispiel das Schlosserhandwerk. Ein erwachsener Schlosser verdiente in dem Unfallbetriebe im Jahre 1907 jährlich 1500 Mark, hiervon 50 Prozent Rente sind monatlich 41.70 Mark.

Das sind monatlich 19.70 Mark mehr als die Unfallkassen nach der Anweisung ihres Dr. Roewer im vorstehenden Falle anerkennen werden, und deshalb ist allen in dieser Weise Benachteiligten anzuraten, gegen den Rentenumrechnungsbescheid, den jeder erhalten muß und auf dem das in Frage kommende Rechtsmittel angegeben ist, Berufung einzulegen, da die angekündigte Verordnung des Reichsarbeitsministeriums, welche auch die Frage bereinigen soll, einstweilen noch nicht erscheinen wird und die Rentenumrechnungsbescheide durch Unterlassung der Berufung auf keinen Fall rechtskräftig werden dürfen. Ist auch darauf spekuliert worden, so muß bei den gewerkschaftlich Organisierten diese Spekulation unschädlich gemacht werden.

Wie kann der Gewerkschafter sparen?

Ausschneiden und aufbewahren!

Die Frage, ob und wo der Gewerkschafter sparen soll, ist an dieser Stelle schon erörtert worden. Es erübrigt sich daher, auf die Notwendigkeit und die Pflicht des Gewerkschafters, nur bei der **Arbeiterbank** zu sparen, nochmals hinzuweisen. Die Organisationsarbeiten der Arbeiterbank sind jetzt soweit gediehen, daß der Sparverkehr unmittelbar aufgenommen werden kann. Die Arbeiterbank hat sich bereits an die Ortsverwaltungen von Berlin und an die Ortsausschüsse des Reiches gewandt, und es soll nunmehr hier kurz erörtert werden, welche Wege der Gewerkschaftskollege einschlagen muß, um bei der Arbeitersparkasse sein Geld anlegen zu können.

Die gebräuchlichste Art ist die Einzahlung der Spargelder auf ein Sparbuch. Die Sparkasse der Arbeiterbank stellt an jedermann Sparbücher mit täglicher und monatlicher Kündigung aus. Zur Zeit beträgt der Zinssatz für täglich abhebbare Sparguthaben 6 Prozent und für monatlich kündbare Sparguthaben 8 Prozent pro Jahr.

Einzahlungen auf Sparbücher können in folgender Weise getätigt werden:

1. Einzahlungen für Berlin werden in den Kassenräumen der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin S. 14, Wallstraße 65, von 9 bis 3 Uhr und 5 bis 7 Uhr, Samstags von 9 bis 1 Uhr, und außerdem in der Filiale in **Hamburg**, Besenbinderhof 57/59, entgegengenommen. Die Sparbücher werden an den einzelnen Sparer ausgehändigt.

2. Einzahlungen können ferner mittels in den Ortsausschüssen (Gewerkschaftskartellen) bzw. Ortsverwaltungen erhältlichen Postscheckzahlkarten **auf das Postscheckkonto Berlin 3898** geleistet werden. Wenn ein Sparkonto noch nicht besteht, wird das neu ausgestellte Sparbuch den Sparern durch die Post übersandt. Ist auf diesem Wege eine Einzahlung für ein bestehendes Konto getätigt, so behält der Einzahler den Postscheckabschnitt als vorläufige Quittung. Die Eintragung ins Sparbuch findet bei gelegentlichem Vorkommen in der Sparkasse, spätestens bei der zum Jahresschluß erfolgenden Gutschrift der Zinsen statt.

3. Einzahlungen können auch bei den Ortsausschüssen und Ortsverwaltungen selbst getätigt werden.

Wird das Sparbuch vorgelegt, so quittiert die vereinnahmende Kasse sofort im Sparbuch. Geschieht die Einzahlung ohne Vorlage des Sparbuches, erhält der Sparer von der betreffenden Kasse eine Quittung.

Zur Sicherung der Sparguthaben wird zu jedem Sparbuch eine mit der gleichen Nummer versehene Sicherungskarte ausgefertigt. Es empfiehlt sich, diese Sicherungskarte getrennt vom Sparbuch aufzubewahren.

Rückzahlungen werden nur geleistet, wenn Sparbuch und Sicherungskarte vorgelegt werden. Falls Rückzahlungen durch die Post angefordert werden, ist das Sparbuch und die Sicherungskarte in getrennten Briefen einzusenden.

Rückzahlungen finden statt an der Kasse der Arbeiterbank, Berlin S. 14, Wallstraße 65, und deren Filiale in Hamburg 1, Besenbinderhof 57/59; ferner leisten die Kassen der Ortsausschüsse und Ortsverwaltungen Rückzahlungen, wenn Sparbuch und Sicherungskarte in der vorgeschriebenen Weise vorgelegt werden. (Die Sparer können auch das Sparbuch und die Sicherungskarte durch die Post an eine der beiden obengenannten Adressen einsenden und die Rückzahlung eines Betrages fordern. In diesem Falle wird das Geld durch Postbarscheck, Sicherungskarte und Sparbuch durch die Post an die Sparer übersandt.)

Bei der Arbeiterbank in Berlin, ihrer Filiale in Hamburg und bei den Ortsausschüssen und Ortsverwaltungen werden ferner Sparkarten sowie Sparmarken in den Werten von ½, 1 und 2 Mk. ausgegeben. Für die zu sparenden Beträge sind bei den Ortsausschüssen, Ortsverwaltungen, Betriebsobleuten und den Arbeiterbanken Sparmarken zu kaufen und in die Sparkarte einzukleben. Rückzahlungen der auf diesem Wege gesparten Beträge erfolgen nur in der Arbeiterbank, Berlin S. 14, Wallstr. 65, und in Hamburg 1, Besenbinderhof 57/59, und nur dann, wenn mindestens 10 Mk. gespart sind.

SPARKASSE

Die Sparkarten können in den Kassenstunden vorgelegt werden oder durch die Post oder über die Gewerkschaften eingesandt werden. Die Ueberweisung der Sparbeträge erfolgt durch die Post direkt an den auf der Sparkarte bezeichneten Sparkarteninhaber.

Sobald der Gesamtbetrag der eingeklebten Marken 10 RM. erreicht hat, kann die ersparte Summe auf ein Sparkonto übertragen werden. Bei der Vorlegung bzw. Uebersendung der Sparkarte ist Name, Stand, Adresse und Sparbuchnummer anzugeben. Sollte ein Sparkonto noch nicht bestehen, so genügt der Vermerk „Für ein neues Konto".

Die Ortsausschüsse, die Ortsverwaltungen, die Arbeiterbank und ihre Filiale in Hamburg stehen allen Gewerkschaftskollegen zur weiteren Auskunft gern zur Verfügung. Es kommt jetzt darauf an, daß alle Spargroschen der Arbeitnehmerschaft in die Sparkasse der Arbeiterbank fließen. Ein Gewerkschaftskollege muß den anderen auf die Arbeitersparkasse aufmerksam machen. Jeder Ortsausschuß, jede Ortsverwaltung muß ein Sammelbecken für die Arbeitersparkasse werden. Vereinzelt und verstreut bedeuten die Arbeitergroschen nichts, zusammengefaßt und gesammelt sind auch sie eine Macht.

---

selbständigen Organisation, die den Namen „Arbeitersport- und Schutzbund" („Stradnieku Sports un Sargs") trägt.

Der neue Bund hat zur Zeit 45 Ortsgruppen mit 4000 Mitgliedern. Die Tätigkeit der Organisation nimmt wieder einen normalen Verlauf.

Der Bund besteht aus verschiedenen Sektionen, in denen alle wichtigsten Sportarten betrieben werden. Die Organisation hat auf sportlichem Gebiet auf der ersten Arbeiterolympiade in Frankfurt bereits schöne Erfolge erzielt, indem die lettischen Genossen in der Leichtathletik gleich nach den Finnen die meisten zweiten und einige erste Plätze einnahmen. Die Organisation ist aber zugleich auch Arbeiterschutzbund. Bei den Ortsvereinen des Bundes bestehen überall militärische Sektionen, welche nach Gruppen, Zügen, Kompagnien und Bataillonen organisiert sind und militärisch geschult und diszipliniert werden. Die oberste Leitung wird vom Bundesvorstande ernannt. Die Mitglieder der Sektion tragen eine besondere Uniform in der Art der Reichsbannerleute; die Führer haben ihre besonderen Abzeichen.

Die Tätigkeit der militärischen Sektionen ist eng mit der sportlichen Wirksamkeit verbunden. Sämtliche Mitglieder der Sektionen müssen auch obligatorisch Leichtathletik betreiben und sich turnerisch üben. Einige der Genossen der militärischen Sektionen zählen zugleich auch zu den besten Sportlern des Bundes, so befinden sich z. B. unter ihnen mehrere Sieger der Frankfurter Olympiade.

Politisch arbeitet der Bund im engsten Einvernehmen mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und den Gewerkschaften (Richtung Amsterdam). Anhänger bürgerlicher Parteien werden im Bunde grundsätzlich nicht aufgenommen. Der Bund ist nicht nur als eine Abwehrorganisation der Arbeiterschaft tätig, sondern hat sich auch stets zur Republik und demokratischen Staatsverfassung bekannt und sich verschiedentlich in dieser Richtung agitatorisch hervorgetan.

Der Bund gibt eine illustrierte Monatsschrift „Latvijas Stradnieku Sports" heraus, die statutengemäß sämtlichen Bundesmitgliedern zugestellt und von ihnen zusammen mit den Monatsbeiträgen bezahlt wird. Endlich besitzt der Bund auch einen eigenen Verlag, der bereits eine Reihe von politischen und Sportschriften herausgegeben hat.

Die faschistische Reaktion ist selbstverständlich auf den Bund nicht gut zu sprechen und fordert fortwährend seine Auflösung. Die Faschisten sind jedoch in letzter Zeit sehr schüchtern geworden und haben die meisten ihrer Angriffe einstellen müssen. In dieser Hinsicht hat der Arbeitersport- und Schutzbund große Verdienste, die von sämtlichen Arbeiterorganisationen anerkannt werden. Der Bund wird auch in Zukunft im Einvernehmen mit dem Republikanischen Schutzbund Oesterreichs und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die er als Bruderorganisationen betrachtet, zum Schutz der Republik und im Interesse des werktätigen Volkes seine Tätigkeit fortsetzen.

Jugenddelegation nach Rußland.

Nach Rückkehr der „Sowjetdelegation" sollen nunmehr auch junge Arbeiter oder Arbeiterinnen für eine Reise nach Rußland gewonnen werden. Mitglieder der kommunistischen Jugend treten an die Sozialistische Arbeiterjugend und die Jungsozialisten heran, um diese zu veranlassen, in einer gemeinsamen Kommission Jugenddelegationen nach Rußland vorzubereiten. Zweifellos ist es für einen jungen Menschen außerordentlich verführerisch, solch eine Reise zu unternehmen. Er kann ein Land bereisen, das er wahrscheinlich kaum in seinem Leben betreten wird und auch die Kosten werden ihm nicht großes Kopfzerbrechen machen. Was wird nicht alles über Rußland gesprochen und geschrieben, da kann man leicht glauben, daß solch eine Reise Aufschlüsse über all die Fragen geben wird, die das Problem „Sowjetrußland" in sich birgt.

Nach Rückkehr der ersten Delegation der Erwachsenen muß man sich nun allerdings fragen, ob irgendein Vorteil für die russische oder deutsche Arbeiterschaft daraus entsprungen ist oder entspringen kann. Schon sehr schnell hat sich gezeigt, daß die Reise für die Teilnehmer schließlich ganz anregend gewesen sein kann, daß aber die Kenntnisse über die dortigen Verhältnisse nicht das übertreffen, was schon vorher bekannt war. Rußland ist ja nicht mehr so von der Welt abgeschlossen wie vor einigen Jahren. Es sind jetzt Ausländer genügend drüben, so daß über die dortigen Verhältnisse die Welt nun schon unterrichtet ist. Vor allem hat sich gezeigt, daß die Berichterstattung über die Reise weniger zu der Lage der Arbeiterschaft dort Stellung nimmt, sondern vorwiegend eine Reisebeschreibung darstellt.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß das ganze Arrangement solcher Reisen nur auf Werbung für die Kommunistische Partei angelegt ist.

Wir registrieren die Angelegenheit, weil auch bei uns in einigen Zahlstellen die sonderbare Ansicht vertreten worden ist, die Gewerkschaften sollten dann eine Berichterstattung über derart zustande gekommene Delegationen in ihren Versammlung zulassen.

Eine politisch aufgezogene Sache soll in die Gewerkschaft hineingetragen werden. So geht es allerdings nicht. Nicht in gewerkschaftlichem Auftrag gesandte Leute werden sich gar nicht verpflichtet fühlen, ihre Untersuchungen auf das zu erstrecken, was gerade uns Gewerkschaftler interessiert.

Wenn von gewerkschaftlicher Seite eine solche Sache in die Hand genommen wird, dann wird mehr verlangt als eine Reisebeschreibung. Sei es, daß wichtiges Material mitgebracht wird das uns große Dienste leistet (wie vor Jahren die Amerikareise), oder sei es, daß sonst für die internationale Verbindung auch wirklich etwas herausspringt. Solche Reisen sind viel zu kostspielig, als daß man nicht auch seine Anforderungen stellt.

Bisher hat es aber die russische Regierung im Falle der Wiener Arbeiterkammer und des Bergarbeiterverbandes abgelehnt, Gewerkschaftsdelegationen die Einreise zu gestatten, weil diese, um ein objektives Bild zu erhalten, ihren eigenen Dolmetscher mitbringen wollten.

Die Firma Bata,

Schuhfabrik in Zlin (Tschechoslowak. Republik)

läßt uns durch ihren Vertreter ein längeres Schreiben zugehen das folgenden Wortlaut hat:

Erklärung der Schuhfabrik T. & A. Bata, Zlin.

In der Schuhfabrikantenzeitung sind Angriffe gegen unsere Firma gerichtet worden, in denen uns unlauterer Wettbewerb durch unglaubliche Ausnützung unserer Arbeitskräfte vorgeworfen wird. — Die Angriffe basieren auf einem Bericht über den Internationalen Schuh- und Lederarbeiter-Kongreß in Paris, bei dem wohl niemand, der unsere Arbeitsmethoden kennt, zugegen war.

Verspätet in Kenntnis gesetzt, können wir erst heute die unbewiesenen Behauptungen zurückweisen. Man warf uns vor, daß wir entgegen dem tschechischen Sozialgesetz den Achtstundentag überschritten haben. Wir erklären hierzu, daß wir den Achtstundentag respektieren und bereits vor Inkrafttreten des Gesetzes eingeführt haben.

Von anderer Seite wird behauptet, daß unsere Leistungsfähigkeit auf schlechter Bezahlung unserer Arbeiter basiert. — Auch dieses entspricht nicht den Tatsachen. Unsere Arbeiter haben das höchste Einkommen aller Schuharbeiter in der Tschecho-Slowakei, außerdem Gewinnbeteiligung und den Genuß besonderer sozialer Fürsorge.

Die Lebensverhältnisse in Zlin sind auch durch unsere Konsumanstalt — die wir subventionieren — für die Arbeiter außerordentlich günstig. — Die Arbeiter bekommen für ihr Geld hier mehr als anderwärts. — Die von der Fabrik gelieferten Mahlzeiten — unter häufiger Teilnahme des Chefs unseres Unternehmens — kosten Kc. 2.—, also Goldmark 0.25.

Unser Arbeiter braucht zur Ernährung nur den zehnten Teil seines Einkommens. Beigefügte Erklärung des Betriebsrates unserer Arbeiterschaft und Angestellten beweist die Unrichtigkeit der aufgestellten Behauptungen unserer Gegner.

Die Ursachen unserer Leistungsfähigkeit, die uns als eine der wenigen Schuhfabrik-Unternehmungen Europas in den Stand setzen, auf dem Weltmarkte erfolgreich in Konkurrenz zu treten und dadurch eine in Europa unerreichte Produktionshöhe von 45.000 Paar täglich bei einer Arbeiterzahl von 6000 zu erlangen, sind anderer Art! Wir machen hieraus kein Geheimnis! Wir nennen nachstehend zum Gebrauche für unsere Konkurrenten die Mittel, durch welche wir unsere Erfolge erzielen. Wir dienen durch die von uns eingeschlagenen Wege der Industrie, den Arbeitern und der Bevölkerung.

Wir erreichen durch psychotechnische Prüfung unserer Arbeiter, daß jedermann auf dem rechten Fleck steht.

Wir erzeugen nur wenige Artikel. — In jeder Fabrik nur eine einzige Art Schuhe und diese in Massenproduktion.

Wir erzielen durch die radikal durchgeführte Spezialisierung Konzentration des Arbeiters auf eine Bewegung und dadurch Höchstleistung.

Wir heben die Arbeitskraft unserer Arbeiter und Angestellten durch gute Bezahlung nach Leistung und Beteiligung am Gewinn des Unternehmens. Wir beteiligen die Arbeiter an dem Gewinn ihrer Erfindungen.

Wir geben jedem Verantwortung und Haftung für sein Tun. — Wir heben dadurch das Pflichtbewußtsein und machen jeden unserer Arbeiter und Angestellten zum Unternehmer.

Wir fördern die Bildung, die Gesundheit und den Sport. — Wir kämpfen gegen Alkohol und Kartenspiel.

Wir haben Mitarbeiter in allen Erdteilen.

Die besten Gedanken und Erfindungen aus der ganzen Welt, die für unser Unternehmen Interesse haben, werden uns rasch übermittelt.

Die Rohmaterialien werden aus dem Lande geholt, wo sie am vollkommensten und billigsten zu haben sind. Zum Beispiel beziehen wir aus Deutschland in großem Umfange Lackleder, Maschinen und Chemikalien.

Die Rohprodukte werden in den leistungsfähigsten und modernsten Fabriken — ob eigene oder fremde — verarbeitet.

Die richtige Auswertung auch der geringsten Abfälle zu zweckdienlichen Materialien ist ein von uns gelöstes Problem.

Wir erreichen Spesenersparnis durch Weltgeschäft, Riesenumsatz, sparsame Wirtschaft, einfache Lebensführung und eigene Wege der Organisation.

Wir sammeln durch mehr als 200 eigene Verkaufsgeschäfte in der Tschechoslowakei praktische Erfahrungen über die Passform, Haltbarkeit und Verkäuflichkeit unserer Schuhe. Wir passen uns dem Weltmarktgeschmack an.

Wir erstreben in den kommenden Handelsvertragsverhandlungen freie Einfuhr und niedrigste Zollsätze für Lieferungen nach der Tschecho-Slowakei.

Das sind die Mittel, mit denen wir unsere Stellung in der Schuhindustrie begründen. Wer diese als „unlauter" bezeichnet, hat den Geist moderner Arbeit nicht erfaßt.

Es liegt nicht im Interesse der Industrie, der Arbeiterschaft und der Bevölkerung, einen Schutzwall gegen die Einfuhr vorteilhafter Erzeugnisse zu errichten. Die freie Konkurrenz soll jedem Anlaß bieten, seine Kräfte auf das Höchste zu entfalten. Nur so ist der Fortschritt der Menschheit möglich! Bata.

Diesem Schreiben ist noch eine Erklärung des Betriebsrates angehängt, die wie folgt lautet:

A. Einhaltung des Achtstundentages.

1. Bei der Firma Bata wurde der Achtstundentag noch bevor er Gesetz geworden ist eingeführt.

2. Der Achtstundentag wird in allen Betrieben der Firma Bata bis auf wenige Ausnahmen, die unvermeidlich sind und die das Gesetz zuläßt, innegehalten.

D. Lohnverhältnisse.

Die Einkünfte unserer Arbeiter sind die höchsten von allen Schuhfabrikarbeitern in der Tschecho-Slowakei und erreichen z. B.:

bei Stiefern	bis 552 Kc. pro Woche,	also 68.25 Goldmark
bei Zurichtern	bis 500 Kc. pro Woche,	also 62.50 Goldmark
bei Schnittbrennern	bis 500 Kc. pro Woche,	also 62.50 Goldmark
bei Steppern	bis 280 Kc. pro Woche,	also 36.25 Goldmark
bei Hilfsarbeitern	bis 200 Kc. pro Woche,	also 25.— Goldmark
bei Lehrlingen	bis 120 Kc. pro Woche,	also 15.— Goldmark.

Außer den angeführten Löhnen sind die Arbeiter, die wenigstens ein Jahr bei der Firma ununterbrochen tätig sind und die das monatliche Lohnmaximum überschritten haben, am Gewinn beteiligt, der für den einzelnen die 400 Kc., also 50 Goldmark pro Woche ausmacht.

An Verlusten sind die Arbeiter nicht beteiligt.

C. Anlage der Ersparnisse.

Die Arbeiter haben die Möglichkeit, ihre Ersparnisse im Betriebe anzulegen, wo sie ihnen seit 1. Januar pro Jahr verzinst werden. Arbeiter und Angestellte haben in den verflossenen zwei Jahren 12,000.000 tschechische Kronen, also 1,000.000 Goldmark, bei der Firma mit 10 Prozent (zehn Prozent) pro Jahr verzinst, angelegt. Außerdem haben sich die Einlagen bei den umliegenden Geldinstituten in den letzten zwei Jahren verdoppelt.

D. Soziale Einrichtungen.

1. Wohnungsfürsorge. Für eine aus drei Räumen bestehende Wohnung zahlen wir 15 Kc., also 1.00 Goldmark pro Woche.

2. Verpflegung. In der Betriebsküche, wo z. B. 3000 Mittagsmahle verabreicht werden, kosten:

1 Mittagessen mit Fleisch (15 dkg Ia Fleisch)	2.— Kc.,	also 0.26 G.-M.
1 Mittagessen ohne Fleisch	1.— Kc.,	also 0.12 G.-M.
1 Frühstück	—.80 Kc.,	also 0.12 G.-M.
1 Nachtmahl	1.50 Kc.,	also 0.19 G.-M.

3. Versorgung und der eigenen Konsumgenossenschaften. Brot kostet 1.— Kc., also 0.12 Goldmark, 1 Pfund Mehl kostet 1.50 Kc., also 0.19 Goldmark.

4. Versicherungsvorsorgung. Arbeitsunfähige Angestellte erhalten wöchentlich bis 150 Kc., also 12.50 Goldmark Unterstützung.

Wir sind uns dessen bewußt, daß die Einführung der Arbeiterschaft unserer Firma — früher bin, als in irgendeiner Schuhfabrik in der Tschecho-Slowakei, und die Firma Bata größte Sorgfalt den sozialen Einrichtungen widmet und deren große Summen zur Verfügung stellt.

(gez.) Straka, Kajnoha, Koller, Baum, Wiesler, Simak, Adamcova, Bruna.

Die Firma Bata gibt sich mit diesem Schreiben den Anschein, als ob sie über besondere Fähigkeiten verfüge, die anderen Fabriken abgehen und die wohl selbst unseren auf das modernste eingerichteten Großbetrieben fremd geblieben sein sollen.

Aus den Schilderungen allerdings geht hervor, daß Bedingungen vorhanden sind: Sozialfürsorge, Gewinnbeteiligung, Fabrikläden, Betriebsabschlußmaßnahmen usw., die bedeuten, daß der Arbeiter in seinem ganzen Leben, Sein und Dasein, nichts anderes mehr kennen wird, als die Fabrik. Es sind das Bedingungen, die bei der deutschen Schuharbeiterschaft schon deshalb nicht in gutem Geruche stehen, weil sein Privatkapitalist die Gegenbedingung übernimmt, dem Arbeiter Vollbeschäftigung zu garantieren. Eine Sicherung vor Hinauswurf wird durch den Privatkapitalismus nie garantiert, während der Arbeiter, dem jahrzehntelang gewisse Festeln angelegt waren, selbst jehen muß, wo er bleiben bleibt.

Das Schreiben der Firma Bata ist auf die Punkte, die der Bericht vom Internationalen Schuharbeiterkongreß in Paris enthält, eigentlich nicht eingegangen. Es bleibt die Frage offen, ob die Firma tatsächlich den Arbeitern verweigert, sich organisieren zu dürfen, ferner ob etwaige Ueberstundenleistung von der Zeitung eines bestimmten Arbeitsquantums abhängig gemacht wird. Damit im Zusammenhang stehend die Frage, in welchem Umfange Ueberstundenarbeit vorkommt und wie die Ertragvergütung für Ueberstundenarbeit bemessen ist.

Wir werden abwarten, was von der Seite, von welcher in Paris diese Fragen aufgeworfen wurden, auf das Schreiben der Firma geantwortet werden wird.

Die Geschäftsstockung in der Schuhindustrie.

Ein Bild über die Lage in Erfurt.

Die Krise in der Schuhindustrie nimmt, ähnlich wie in anderen Wirtschaftszweigen, vorwärts an, die für die davon betroffene Arbeiterschaft für die kommenden Wintermonate das allerschlimmste befürchten lassen. Während im Mai 1924 in der Erfurter Schuhindustrie noch an die 8600 Beschäftigte, Arbeiter und Arbeiterinnen, vorhanden waren, fiel die Zahl während der Krisenmonate des Sommers 1924 herab bis auf 7200, wobei die im Betriebe verbliebene Arbeiterschaft noch eine ausgedehnte Kurzarbeit bis auf 24 Stunden die Woche herab durchzuhalten hatte. Bei der dann einsetzenden Besserung der Beschäftigung zum Jahresschluß stieg jedoch die Zahl der Arbeiterschaft nicht über 7500 hinaus. Durch einsetzende Massenentlassungen in den Betrieben des Lingel-Konzerns fiel die Zahl wieder herab bis auf 7100 im März des Jahres 1925, um, bis auf kleine Veränderungen, bis Ende des Monats Juni konstant zu bleiben. Die im Juli erfolgte Stillegung des Betriebes Meyer brachte die Entlassung von über 300 Arbeitern und Arbeiterinnen. Durch die etwas angiebende Beschäftigungsmöglichkeit in den anderen Schuhfabriken war die teilweise Unterbringung der Entlassenen möglich. Es sind aber heute die Zahl der Beschäftigten in der nun folgenden kurzen Konjunktur-Periode wieder auf 7700 bis Ende September. Im Laufe des Monats Oktober trat nun wiederum eine rapid einsetzende Verschlechterung des Arbeitsmarktes ein, die sich geradezu katastrophal auszuwirken scheint. Fast in allen Betrieben der Erfurter Schuhindustrie wurde urplötzlich Kurzarbeit angesagt und Entlassungen in kleinerem und größerem Maßstabe durchgeführt. Der Betrieb Lucke & Begerdt mit 90 Arbeitern wurde geschlossen. Im Betrieb Lucke & Schneider wurden 80 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen, ferner werden durch den inzwischen eingetretenen Konkurs weitere 160 Arbeiter und Arbeiterinnen Schröter. Der Betrieb „Alison" Schuhfabrik mit zirka 70 Arbeitern stellt ebenfalls die Produktion ein. Zusammengefaßt wurden allein im Monat Oktober an die 400 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen. Für den Monat November wird die Zahl der zur Entlassung kommenden sich um weitere 400 bis 500 steigern.

Auch die Kurzarbeit reißt schwere Lücken in den Haushalt der Arbeiterin. Mehr als die Hälfte der zur Schuhindustrie Erfurts Beschäftigten arbeiten nur von 32 bis herab auf 24 Stunden pro Woche. Ohne Kurzarbeit sind überhaupt nur mehr 1 bis 2 Betriebe. So schwinden die Illusionen von einer Besserung der wirtschaftlichen Lage durch den Dawesplan immer mehr. Mehr denn je muß die Arbeiterschaft eine ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen fordern, sowie von den maßgebenden Instanzen die Wiedereinführung der Kurzarbeiter-Unterstützung verlangen und durchsetzen. Es geht nicht an, die Opfer dieser anarchistischen Produktionsweise ziendlich zu Grunde gehen zu lassen. Was geschieht mit all den hunderten Erwerbslosen, die bereits ausgesteuert, mit all den vielen jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen unter 18 Jahren, die keinerlei Unterstützung erhalten? Wer fragt darnach?

Als Ursachen der jetzigen verschärften Krise werden übereinstimmend Kreditschwierigkeiten und Geldknappheit angegeben. Die Drosselung des Kredits durch die Großbanken mit dem Ziel, Kapitalbildung der übersättigten Betriebe und dem Produktionsdrang und die damit Hand in Hand gehende weitere Konzernbildung soll wiederum auf Kosten der Arbeiterschaft vor sich gehen. Die sogenannte „Sanierung" des deutschen Wirtschaftslebens soll durchgeführt werden unter der Parole des Lohnabbaues und unter dem Druck gesteigerter Arbeitslosigkeit. Herstellung der „Konkurrenzfähigkeit" durch Verbilligung der Produktion auf Kosten des Arbeitslohnes soll das Allheilmittel sein, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen und die Lasten des Dawes-Plans aufzubringen.

Die Arbeiterschaft muß aus diesen Vorgängen die Lehre ziehen, daß, so lange die kapitalistische Produktionsweise besteht, diese Krisen in immer kürzer aufeinander folgenden Perioden sich verschärfen werden und daß der Kampf gegen die immer größere Verelendung nur geführt werden kann als Kampf gegen das kapitalistische System überhaupt. Eine der hauptsächlichsten Voraussetzungen hierfür ist die restlose Organisierung der Arbeiterschaft in den freien Gewerkschaften. Wenn auch das Organisationsverhältnis, trotz der verringerten Arbeiterzahl in der Schuhindustrie besser geworden ist, so bleiben immer noch genügend Arbeiter und Arbeiterinnen übrig, on die wir die Aufforderung richten wollen, trotz und getade wegen der Krise hinein in den Zentralverband der Schuhmacher mitzuwirken innerhalb der Organisation, um dieselbe als ein Kampfmittel gegen weitere Verelendung und für die Beseitigung der jetzigen kapitalistischen Produktionsweise zu gestalten, mit dem Ziel einer planmäßigen sozialistischen Produktionsform.

o

Im Anschluß an diesen Situationsbericht sei ein kurzer Bericht über die letzte Vierteljahres-Versammlung des Verbandes angefügt. Trotz der oben angeführten rückläufigen Bewegung in der Beschäftigten-Ziffer konnten im letzten Quartal an 700 Neuaufnahmen gemacht werden. Die Zahl der Mitglieder hieg nach Abzug der Abgänge auf 6381, davon 3350 männliche und 3022 weibliche, ein Mehr von 213. Auch der Marktumsatz stieg von 7,3 auf 8,8 pro Mitglied. Das prozentuale Verhältnis der 5. Klasse-Beiträge stieg um eine Kleinigkeit von 11,3 auf 11,6. Es hebt sich somit das Niveau der Beiträge in den verschiedenen Betrieben. Der letzte Streik in der Erfurter Schuhindustrie, an dem 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren, vermochte leidlich verhältnismäßig eine ziemlich gute Tätigkeit. Auch das Verkaufsmöglichkeiten war ziemlich rege. Es fanden im Laufe des Quartals 96 Betriebs- und Funktionär-Versammlungen und Sitzungen statt. Leider dürfte die jetzige Krise der günstigen Vorwärtsentwicklung wiederum Hindernisse bereiten.

Nun noch ein Nachwort zu dem Artikel „Eine Kettenreise". Schon der Kollege aus Kornwestheim hat auf die Einseitigkeit der Kalkulation Aufmachung des Kollegen M. hingewiesen und zwar nach der Seite hin, daß auch die Zahl der Mitglieder festgestellt werden muß für die 5. Klasse und daß auch die Zahl der gleichen Beiträge mit berücksichtigt werden muß. Aber auch hier ist ein Unterschied zu machen. Denn, daß beitragsmäßig eine Zahlstelle wie Kornwestheim mit nur einem Großbetrieb und geregelter Produktion wenig oder gar keine Arbeitslosen zählt, daß dagegen dort, wo bald tausend Erwerbslose vorhanden sind, der Prozentsatz der Beiträge selbstverständlich beeinflußt wird, liegt außer Frage. Wir wollen damit nicht etwa erklären, daß bei uns alles aufs allerbeste bestellt sei. Im Gegenteil wurde seitens der Ortsverwaltung bereits vor Erscheinen des betr. Artikels eine ausgedehnte Propaganda in dieser Frage in allen Betriebsversammlungen durchgeführt. Wir hoffen, daß sich im nächsten Quartal eine praktische Auswirkung zeigen wird.

Aber eine Kernfrage ist außer Acht gelassen worden, daß ist die Berhältnismäßigkeit der Organisierten zur Beschäftigten-Ziffer überhaupt. Es ist natürlich sehr leicht, eine Prozentziffer von 34 in Bismarkseni zu erreichen, wenn von 21,000 Arbeitern und Arbeiterinnen (lt. Statistik der Schuhfabrikation) Bismarkseni vom 15. 6. bis 28) nur 4700 organisiert sind. Hier dürften diese organisierten Kollegen erfahrungsgemäß den Großteil der Spezial-Arbeiter umfassen. Diese 34 Prozent würden wohl ebenfalls kaum zurückgehen wenn statt nur 25 Prozent der Arbeiterschaft zirka 80 Prozent organisiert wären, da ja dann all die weiblichen und jugendlichen Kräften und Hilfskräften besser erfaßt sind. Es ist also immerhin, auf Grund solcher statistischen Zahlen, Zahlstellen-Kollegen einzelnen Zahlstellen-Ortsverwaltungen gegenüber zu machen. Und wie bisher oben die Ortsverwaltung bei Artikeln, also zu beachten. die Mitglieder davon zu überzeugen, in ihrem eigenen Interesse in die Mitglieder davon zu überzeugen, in ihrem eigenen Interesse in die Reihen unabhängige Kräfte übertreten, um die Kampfkraft der Organisation zu stärken und ihre eigene Widerstandsfähigkeit für die kommenden unausbleiblichen Kämpfe zu steigern.

W.

Frauenkonferenz im Bezirk VII.

In den Räumen der Dresdner organisierten Arbeiterschaft, im „Volkshaus", traten am 1. November zum ersten Male die weiblichen Mitglieder auch dem Besuch zu einer Bezirkstagung zusammen. Kol. Weise, der im Namen der Bezirksleitung die recht zahlreich Erschienenen begrüßte, betonte die Schwierigkeiten, die dem Streben entgegenstehen, die Kolleginnen aus dem Alltagsleben zur gewerkschaftlichen Mitarbeit zu gewinnen. Von 15,500 Mitgliedern im Bezirk seien rund 6500 Frauen und Mädchen; in sieben Zahlstellen überwiegen sogar die weiblichen Mitglieder. Der Verbandsvorsitzende Kollege Bauer, überbrachte die Grüße des Zentralvorstandes. Er bedauert, daß die Frauen bisher nicht energisch genug versucht hätten, entsprechend ihrer zahlenmäßigen Stärke sich einen bewerkstelligenden Einfluß auf den Verband zu sichern. Es sei der lebhafte Wunsch des Zentralvorstandes, daß auch auf der weiblichen Kollegenschaft Kräfte herauswachsen möchten, die agitatorisch zu wirken verstehen. Trotzdem von den rund 90,000 Mitgliedern im Verbande weibliche seien, sei noch nicht eine einzige Angestellte aus der Kollegenschaft vorhanden. Ebenso seien die Kolleginnen bei Verbandsdelegierten, Kongressen usw. nicht genügend vertreten. Die Tagung möge ein Schritt zur Besserung bieten sein. Zur Leitung der Tagung wählte man Bernard Graf, Meiß (Dresden) und Frl. Pitsch (Leipzig) zu Vorsitzenden. Frl. Leitner (Zwickau) und Frau Heinrich (Dresden) wurden als Schriftführer gewählt.

Die Kollegin Kaiser aus Erfurt führt darauf in einem Vortrage über „Die Frau in der Gewerkschaft" folgendes aus: Die Statistiken aus allen Industriestaaten zeigen eine fortschreitende Zunahme der weiblichen Berufstätigkeit in fast allen Berufen. Vielfach betrachte das junge Mädchen die Fabrikarbeit als ein zeitlich begrenztes, vorübergehendes Schicksal, das mit der Verheiratung ende. Jedoch die meisten müssen eine arge Enttäuschung erleben. Die geringen Verdienste der Männer, sowie der große Frauenüberschuß zerstören rücksichtslos alle schönen Mädchenträume. Ohne Lehr die Kollegin an Maschinen, die 25 Jahren ausschließlich von Frauen bedient wurden. Die Lage der weiblichen Arbeiter sei bedeutend ungünstiger als die der Männer. Die Löhne seien ja um 25 Prozent tiefer, obwohl sehr oft die Frau als Ernährer der Familie in Frage komme, obwohl auch die in der Schuhindustrie verlangte Arbeit oft sehr hohe Anforderungen stelle. Es sei traurig, daß trotzdem obwohl im Leben tatsächlich die Frau die Lebensbedürfnisartikel genau so wie der Mann brauchen müsse als der Mann. Die restlos in Unternehmerverbänden organisierten Fabrikanten betrachten aber die Frau als eine billiger zu entlohnende Arbeitskraft. So erhält die Gewerkschaft für die Kolleginnen einen besonderen Wert. Es sei falsch und schädigend für die Kolleginnen selbst, wenn sie am sogenannten „Alison" Sparen wollen, in der Meinung, ihnen sonst so trostlosen Lage der einzige Halt. Die restlose Organisierung aller Kolleginnen und ihre Einführung in die höchste Beitragsklasse sei die wertvollste Aufgabe, die erfüllt werden muß, um zu mehr Lebenslust und Sonnenschein zu kommen.

Kollege Huth erörtert in einem weiteren Vortrag die Betriebsräteordnung der Textilarbeiter. Auch auf dem Gebiete des Betriebsrates sei die Beteiligung der Arbeiterin nicht zufriedenstellend. Ein energischer Wille der Frauen, sich gegenüber den Kollegen durchzusetzen sei allen Malen, sei dringendes Gebot. Vor allem müsse die Stepperei unbedingt auch durch eine Stepperin im Betriebsrat vertreten sein. Eine weitere Vertreterin im Maschinensaal ist erwünscht, da sehr oft die berechtigten Klagen bei Gesundheitsschädigungen für die Kolleginnen verbunden sind, an denen die Kollegen achtlos vorübergehen. Oft schädigen Kolleginnen sich durch freiwillige lange Arbeitszeit und die Mitnahme von Heimarbeit in die Wohnung. Der Tarif verbiete dies, noch mehr aber müsse die Vernunft dies verbinden. Die Gesundheit solcher Personen bleib unterzogen, das Kinder- und Familienglück empfindlich gestört. Zu achten sei auch auf die Nichtbeschäftigung von Kindern unter 14 Jahren in den Betrieben. Zahlreiche Unfälle solcher Kinder in den Fabriken zeigten deutlich, wie häufig hier das Gesetz nicht beachtet werde. Zu verwerfen sei auch, daß Frauen während der Ferien im Betriebe mit Reinigungsarbeiten beschäftigt würden und so um ihre Erholungszeit kommen. Berufsverbote z. B. sei Maschinenarbeit. Abhilfe von Frauen seien sehr häufig. Bei Mangel an Arbeit sollte man den Unternehmern seine Entlassungen möglichst verwehren, um den Kolleginnen ihre gesetzlichen Rechte (Krankenversicherung, Ferien usw.) zu erhalten. Kurzarbeit oder Verringerung sei hier das kleinere Uebel. Redner erinnert daran, daß die Beschäftigung von Frauen an Sonntagsarbeits- und Zwischenschichten verboten ist. Wo erforder ist nicht das gesetzte Gut entscheidend, sondern die Art der Maschine, nämlich ob damit Sonntagsarbeit gemacht werden kann. Viel mehr als bisher, müsse unser Tarifvertrag von der Kollegenschaft studiert werden. Die Unstimmigkeiten müßten von unseren weiblichen Betriebsräten besonders beachtet werden. So sei z. B. das Nonzemert zu richten auf die Abdeckung der Transmissionen, Beschaffung und Anlegung von Berufskleidung usw. Für die Schwangeren sei entsprechende leichte Beschäftigung geboten. Ruhepausen für Mutterne, sowie für stillende Mütter hätten noch ihrer Einführung die besten Erfolge auch indezug auf höhere Leistungen gezeigt.

Die Frau könne sich äußerst erfolgreich als Betriebsrätin in Fragen betätigen, denen der Mann fremd gegenüberstehe. Voraussetzung sei allerdings, daß die Kollegenschaft hinter ihr stehe und ihr Interesse durch regen Anschluß an den Verband und durch regen Versammlungsbesuch zeigt. Besonders der geringe Besuch der Versammlungen bestärke sehr oft die Unternehmer darin, die Forderungen der Betriebsräte nicht ernst zu nehmen und sie demzufolge abzulehnen. Die Frau und Mutter möge sich aber auch ihres Einflusses auf die Jugend erinnern. Die klasse tische Erziehung der Jugend erfordert eine Ergänzung durch geistige Betätigung. Nur vereinten Kräfte möchten zusammenwirken, um den Emanzipationskampf der Arbeiterschaft fegreich zu führen.

Die Diskussion ergab, daß von 23 Zahlstellen im ganzen 32 Delegierte entsandt worden waren. Leider fehlten Kolleginnen aus Breslau, Ehrenfriedersdorf, Pegau und selbst aus dem nahen Meißen. In der folgenden Diskussion betonten die Kolleginnen Hofmann (Hartha), Plinski (Leipzig), Heinrich (Dresden), Gräf (Kreischa), daß die Frauenbewegung zu wenig von den Männern beachtet würde. Eine bewerbte Schulung sei notwendig. Insbesondere müsse dazu statt eingerissene Tabakrauchen bekämpft werden. Unser anderem sei die Ausbildung von Arbeitersekretärinnen für die Bezirke dringend erforderlich.

Kollege Simon wendet darauf, daß auf Grund gerichtlicher Entscheidungen Werksfeierabendübungen (d. h. das sogenannte Ausfeiern) nur mit Sicherungen für die Betroffenen vereinbart werden dürften. Er bringt dann weiter eine Schilderung der trostlosen Zustände, unter denen früher die Kolleginnen als Unorganisierte arbeiten mußten. Geize, Zwiern, Nadel, alles mußten die Kolleginnen selbst bezahlen, alles mußte dem Fabrikanten abgestaut werden, der oft bis zu 150 Prozent über die Ladenpreise dafür verlangte. Meister wurden vom wöchentlichen Lohne Mieten für die Benützung der Maschinen abgezogen, so daß diese oft sogar bis dreimal dem Unternehmer vom Arbeiter bezahlt wurden. Es sei es sogar vorgekommen, daß Kolleginnen trotz intensivster Arbeit am Samstag noch Geld mitbringen sollten. Allein der Verband hat hier Wandel geschaffen, bei der Löhne erhöht, die Arbeitszeit verkürzt, den Tarifvertrag erkämpft. Die alten Verhältnisse, die absolut nichts mit goldenen Zeiten zu tun haben, würden wiederkehren, wenn die Organisation sich lockerte. Schwere Kämpfe stehen uns bevor, deshalb gelte es allenthalben zu rüsten.

Kollege Reiner, Breslau berichtet, daß 60 Prozent aller Differenzfälle mit dem Unternehmertum die Frauen betreffen. Der Unternehmer könne sich an gleiche Rechte den Frauen gegenüber nicht gewöhnen und kämpfe dauernd dagegen an. In Breslau gibt es keine unorganisierten Kolleginnen, die Beitragsabhöhung sei dort gut. Kollege Huth wies darauf hin, daß in unserer Frauenbewegung nur zähe Ausdauer zum Ziele führt. Schlechter Versammlungsbesuch dürfe niemand abschrecken. Größeres Geldvertrauen und gegenseitiges Zutrauen müssen die Kolleginnen erfüllen. Wenn diese Tagung eine größere Anteilnahme der Frauen am Gewerkschaftsleben bringe, dürfte sie ihren Zweck erfüllt haben. In diesem Sinne zur Weiterarbeit auffordernd, wurde die Tagung durch Kollegen Weise geschlossen.

R. S.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Vom 15. Novbr. bis 21. Novbr. 1925 ist der 47. Beitrag fällig.

Haushaltungsstatistik.

Berichtsbogen 34 ist spätestens am 23. November an uns einzusenden. Für die Woche vom Sonntag, 15. November, bis Samstag, 21. November, ist der Bogen 35 auszufüllen.

Ausschlüsse aus dem Verbande.

In der Sitzung des Vorstandes vom 10. November wurde das Mitglied Bernhard Zweifel, eingetreten am 1. Januar 1910 in Bremen, auf Grund des § 8 Abs. 6 des Statuts aus dem Verbande ausgeschlossen. Im Betreff des in ihm bis der Zahlstelle Seligenstadt ausgestellte Beschreibung über die Einsendung seines Mitgliedsbuches an den Vorstand abzusenden und einzuliefern.

Auf Antrag der Zahlstelle Mainz wurde das Mitglied Georg Weidemann, B. Nr. 26.569, eingetreten am 12. April 1919 in Mainz, auf Grund des § 8 Abs. 4 des Statuts wegen unehrlichen Verhaltens aus dem Verbande ausgeschlossen.

Nürnberg, den 14. November 1925. Der Vorstand.

Literatur.

Wirtschaftsdemokratie. Vortragsausschüsse zu beziehen vom Verband Sozialer Baubetriebe, Berlin. Preis 20 ₰ und Porto.

Anzeigen.

Kornwestheim.
Empfehle
Sohl- und Bacheleder
gefanzte Kernledersohlen, Oberleder, Absätze, Pechdrähte.
Otto Mayer, Gerber
Holzgrundstraße 17a.

„Chalhseta"
die Schuhmacher-Glatzdorfse
Nr. 1 zum Doppeln, Nr. 2 zum Umwenden u. Einfechten, Nr. 3 zum Einbinden rc.
12 Stck. M —.60, 100 Stck. M 5.—,
1000 Stck. M 15.—.
Walter Schulz
Hamburg 23, Hammerstr. 38

MODELL-WINKEL
Schuhkonstruktions-Fachschriften zum Modellieren. Selbstunterricht Liste 9 kostenfrei.
H. Franke, Arlern 19.

In jede Arbeiterfamilie
gehört die
politische Arbeiterzeitung!

Wie werde ich Modelleur?
Dieses Ziel erreichen Sie am besten durch den Besuch der bekannten
Spezial-Modellfachschule
J. Kröner, Bamberg (Bayern).
Gründliche praktische Ausbildung
von Berufsmodelleuren der Schuh- und Schäfte-Fabrikation.
4 Modellgradiermaschinen verschiedener Systeme sowie sämtliche Maschinen, die zum Modellisch gehören, sind vorhanden.
Eintritt jeden 1. und 15. des Monats. Prima Referenzen. Prospekt gratis.
Madame Pfaff-Nähmaschinen-Niederlage!
Die Krönersche Fachschule ist einzig in ihrer Art.

E. Vögtle, Berlin N. 54
Lothringer Straße 68
Spezialvertretung der Firma Johannes Haag Akt.-Ges. Ludwigsh. für Berlin, Brandenburg, Pommern und Mecklenburg.
...mische Vorzeuge für Land- u. motorw. Betrieb.
Vorz. Gebr. Hofgeismarer Weber. Marke „Hann-G".
Spezialvertretungen für Schuhgroßhandel. — Händler zu Vorzugspreisen.

Verl.: Fränkische Verlagsanstalt & Buchdruckerei G. m. b. H. Nürnberg. — Verlags: Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands (J. Simon) Nürnberg, Essenweinstraße 1.